

Fraktionserklärung

Thema	Budget 2014
Für Rückfragen	Samuel Dubno, Gemeinderat und RPK-Mitglied +41 79 642 11 11 Gian von Planta, Fraktionspräsident +41 79 770 61 33
Absender	Grünliberale Partei Stadt Zürich, Postfach 3222, 8021 Zürich, E-Mail info.zurich@grunliberale.ch , www.zurich.grunliberale.ch
Datum	11. Dezember 2013

Es gibt viel zu tun – nicht nur im Dezember

Das budgetierte Defizit ist happig und kein überzeugender Wurf des Stadtrats. Die Möglichkeiten zur Korrektur im Rahmen der Budgetdebatte sind bedauerlicherweise limitiert.

Der Voranschlag 2014 weist ein Defizit von deutlich über 200 Millionen Franken aus. Das ist happig. Da auch die laufende Rechnung schwächer ausfallen wird als budgetiert, wird gegen Ende 2014 ungefähr die Hälfte des vorhandenen Eigenkapitals aufgebraucht sein. Keine erfreulichen Aussichten. Dabei wirkt der amtierende Stadtrat wenig überzeugend. Erstens hätten wir uns eine Verzichtplanung gewünscht, die diesen Namen verdient. Zweitens stellt der STR diverse Aufwendungen ins Budget, die angesichts der finanziellen Lage kaum nachvollziehbar sind und von wenig tatkräftigem Geschick zeugen. Wer sich an die ewigen (und wiederkehrenden) Diskussionen über den Hafenkran erinnert, kann beispielsweise kaum verstehen, dass der Stadtrat fürs kommende Jahr ein Kunstprojek budgetiert, das den Klang der VBZ -Depots nach aussen tragen soll. Ebenfalls unverständlich ist der Antrag des Stadtrats den freien Kredit zu erhöhen oder 600'000 Franken für Kosteneinsparungen zu budgetieren. Und damit zu drittens: Das Projekt 17/0 muss entschlossener angegangen werden. Der Stadtrat sollte weniger nach Potenzialen suchen (lassen), sondern Ziele definieren. Man kann sich dem Eindruck einer «Mikado-Situation» kaum entziehen: Der erste Stadtrat, der sich bewegt, hat verloren.

Andererseits

Für alles kann der Stadtrat jedoch auch nicht verantwortlich gemacht werden: Es besteht beispielsweise kein Handlungsspielraum, wenn die Stadt 43 Millionen Franken mehr in den kantonalen Ressourcenausgleich zu zahlen hat oder aufgrund kantonalen Vorgaben zusätzliche 6,5 Millionen an Betreuungsbeiträgen für Eltern mit Kindern in vorschulischen Kindertagesstätten entrichten muss. Auch die Neuorganisation der Spitalfinanzierung bringt noch erhebliche Unsicherheiten mit sich, wie auch der RPK-Bericht festhält. Und wann Grossbanken wieder Steuern zahlen, liegt ebenfalls nicht in der Hand der städtischen Exekutive.

Möglichkeiten der Budgetarbeit

Wir haben das vorliegende Budget intensiv studiert und rund hundert Verbesserungsvorschläge gemacht. Weiter werden wir zahlreiche Anträge von anderen Parteien unterstützen. Anträge auf Verschlechterungen des Budgets unterstützen wir keine. Bei der Abschätzung der voraussichtlichen Reduktion des Defizits waren wir nach dieser Arbeit noch nicht wirklich zufrieden, weshalb wir uns anlässlich der letzten Fraktionssitzung entschieden haben, einen Teil der pauschalen Kürzungen und die tabellarischen Kürzungsanträge zu Beginn der Debatte zu unterstützen. Wir werden auf diesen Konten keine weiteren Kürzungen mehr unterstützen – falls diese Anträge eine Mehrheit finden – und hoffen so auch auf eine Verkürzung der Budgetdebatte. In den geschlossenen Rechnungskreisläufen sind wir noch bei allen Anträgen in der Fahne in der Enthaltung oder Ablehnung. Das wird sich teilweise ändern – punktuell auch ausserhalb dieser Rechnungskreisläufe. Den grössten Spareffekt versprechen wir uns, wenn auch erst mittelfristig, durch die Reduktion von externen Beratungen, Studien, Projekten und dem Nichtgenehmigen von diversen neuen Verwaltungsstellen. Allerdings machen diese Stellen nur einen kleinen Teil des Stellenzuwachs aus. Die neue Stellen in der Pflege und in den Schulen aufgrund der Zunahme von pflegebedürftigen Personen und der Anzahl Kinder sind für uns jedoch mehrheitlich unbestritten. Erwschwerend für die Budgetarbeit ist der Umstand, dass ein erklecklicher Teil des städtischen Budgets aus gebundenen Aufwendungen besteht. Das jüngste Urteil des Bezirksrats in Sachen GZA hat – auch wenn es noch nicht

rechtskräftig ist – dem Parlament oder zumindest unserer Fraktion wieder einmal mehr als deutlich gezeigt, dass effektive Budgetarbeit über das ganze Jahr und nicht nur im Dezember erfolgen muss.